



Eidgenössisches Finanzdepartement (EFD)
vernehmlassungen@estv.admin.ch

Bern, den 29. Januar 2015

Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform III

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Einladung zur Vernehmlassungsteilnahme bedanken wir uns sehr. Gerne senden wir Ihnen beiliegend unsere Position sowie die Antworten auf Ihren Fragebogen.

Die Grünen wollen das bisherige Steuerdumping beenden und den Weg für eine nachhaltige Standortpolitik ebnen. Sie nehmen in diesem Sinne Stellung zur Unternehmenssteuerreform III. Das Wichtigste in Kürze:

- Die Grünen **unterstützen die Abschaffung der kantonalen Sonderstatus**. Nur so kann der Steuerstreit mit der OECD und der EU beigelegt werden. Gewinne müssen dort besteuert werden, wo sie anfallen. Auch die Schweiz leidet unter internationaler Gewinnsteuerverschiebung. Der Bundesrat sollte auf internationaler Ebene konstruktiv an Lösungen mitarbeiten.
- Mit der Reform dürfen **keine neuen Steuerschlupflöcher und Steuergeschenke** geschaffen werden. In der Vorlage sind leider zahlreiche solcher Elemente enthalten. Aus Sicht der Grünen gilt es stärker auf die nicht-steuerlichen Standortvorteile der Schweiz zu vertrauen und eine wirtschaftlich, ökologisch und sozial **nachhaltige Standortförderung** zu betreiben.
- Die Reform darf **nicht für eine Belastungsverschiebung von den juristischen zu den natürlichen Personen** missbraucht werden und zu keinem Leistungsabbau auf dem Buckel der Bevölkerung führen. Der unfaire Steuerwettbewerb in den Kantonen muss durch weitere Harmonisierungsvorschriften in demokratischere Bahnen gelenkt werden.
- Der **Einführung von Lizenzboxen** ist international umstritten. Sollten Lizenzboxen in der Staatengemeinschaft Akzeptanz finden, ist eine Einführung gemäss OECD-Standards für den Pharma- und Chemiestandort Nordwestschweiz durchaus eine Option. Da Patentboxen die Schaffung geistigen Eigentums indirekt subventionieren, muss der Zugang zu patentierten Produkten erleichtert werden, gerade auch für Entwicklungsländer.

Mit freundlichen Grüssen

Regula Rytz
Co-Präsidentin der Grünen Schweiz

Pascal Renaud
Politischer Sekretär Grüne Schweiz

Fragebogen zur Unternehmenssteuerreform III - Antworten der Grünen Schweiz

Fragen zur Vernehmlassungsvorlage	Antwort der Grünen
<p>1. Befürworten Sie die steuerpolitische Stossrichtung der USR III, die aus folgenden Elementen besteht (Ziff. 1.2.1 der Erläuterungen)?</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Einführung neuer Regelungen für mobile Erträge, die den internationalen Standards entsprechen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ja zur Abschaffung der kantonalen Sonderstatus – dem eigentlichen Zweck der Reform. Nein zur Schaffung neuer Steuerschlupflöcher. Die Grünen sprechen sich gegen die internationale Gewinnverschiebung zu Lasten anderer Länder und der Schweiz aus. Steuern sollen dort gezahlt werden, wo die Wertschöpfung und die Gewinne anfallen. (Siehe auch „<u>Resolution für globale Steuergerechtigkeit</u>“ vom Nov. 2012).
<ul style="list-style-type: none"> • Kantonale Gewinnsteuersatzsenkungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein. Ein Wettlauf nach unten muss vermieden werden, da sonst die staatlichen Infrastrukturen immer mehr nur von den natürlichen Personen finanziert werden müssen.
<ul style="list-style-type: none"> • Weitere Massnahmen zur Verbesserung der Systematik des Unternehmenssteuerrechts 	<ul style="list-style-type: none"> • Siehe Einschätzung zu den einzelnen Massnahmen unter Frage 2.
<p>2. Befürworten Sie folgende Massnahmen (Ziff. 1.2.3. der Erläuterungen)?</p>	
<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der kantonalen Steuerstatus 	<ul style="list-style-type: none"> • Ja. Dies ist der eigentliche Zweck der Reform und eine wichtige Neuerung gegen Steuerdumping. Die Abschaffung ist notwendig, um den Steuerstreit mit der OECD und der EU beizulegen. Der Bundesrat sollte sich ausserdem in internationalen Gremien für die Abschaffung von Steuervermeidungspraktiken

	<p>(<i>base erosion and profit shifting – BEPS</i>) einsetzen, denn die Schweiz verliert über diese Praktiken auch Steuererträge.</p>
<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Lizenzbox auf der Ebene der kantonalen Steuern 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Grünen stehen „Lizenzboxen“ kritisch gegenüber und akzeptieren sie nur zur Innovations- und Forschungsförderung im Rahmen international anerkannter Normen. Für Unternehmen, welche durch Forschung und Entwicklung Patente erzeugen, würden mit „Patentboxen“ Steuererleichterungen gelten. Dies ist beispielsweise für die Nordwestschweiz (und insbesondere den Kanton Basel-Stadt) wichtig, um die Pharma- und Chemiebranche zu halten. Wenn geistiges Eigentum auf diese Weise subventioniert wird, muss der Zugang zu patentierten Produkten erleichtert werden, gerade auch für Entwicklungsländer. Im Falle einer internationalen Ablehnung von „Patentboxen“, müssen sie auch in der Schweiz verboten werden.
<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer zinsbereinigten Gewinnsteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein. Der Zusammenhang mit der Aufhebung der Sonderstatus ist nicht ersichtlich. Mit dieser Massnahme würde ohne Grund ein neues, teures Steuerschlupfloch geschaffen. Der Bundesrat rechnet bei dieser Massnahme mit Mindereinnahmen von etwa 1 Mrd. Franken für die direkte Bundessteuer und 1.15 Mrd. Franken für Kantone und Gemeinden (Vgl. Botschaft, S. 30). Hinzu kommt die Intransparenz dieser Steuererleichterung. So ist eine objektive Berechnung des Kerneigenkapitals kaum möglich. Je nach Branche unterscheiden sich die Eigenkapitalvorschriften, was eine sachgerechte Berechnung für sämtliche Wirtschaftsbereiche schwierig macht. Auch könnte die Einführung einer zinsbereinigten Gewinnsteuer Fehlanreize für die Wirtschaft schaffen, indem die Hortung von Eigenkapital begünstigt wird, statt diese in zukunftsfähige Technologien zu investieren.
<ul style="list-style-type: none"> • Anpassungen bei der Kapitalsteuer 	<ul style="list-style-type: none"> • Eventuell sinnvoll, um Unternehmen die Umstellung von der privilegierten auf die ordentliche Besteuerung zu erleichtern.

<ul style="list-style-type: none"> • Regelung zur Aufdeckung stiller Reserven 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein, denn dies würde zu einer Verlängerung der Privilegien und weiterem Steuerdumping führen, mit geringer internationaler Akzeptanz.
<ul style="list-style-type: none"> • Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein, denn die ersatzlose Abschaffung würde ein weiteres Steuerschlupfloch einführen. Vielmehr sollte die Emissionsabgabe mit einer Finanztransaktionssteuer ersetzt werden.
<ul style="list-style-type: none"> • Anpassungen bei der Verlustverrechnung 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein. Nach der Finanzkrise haben Banken lange keine Gewinnsteuern mehr bezahlt, aber weiterhin Dividenden an Aktionäre und Boni an Manager gezahlt. Diese Situation ist nicht haltbar. Statt die Verlustverrechnung auf unbeschränkte Zeit auszudehnen, sollte sie von 7 auf 3 Jahre reduziert werden.
<ul style="list-style-type: none"> • Anpassungen beim Beteiligungsabzug 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein, denn dabei handelt es sich um ein weiteres Steuergeschenk an die Konzerne zu Lasten der Allgemeinheit.
<ul style="list-style-type: none"> • Einführung einer Kapitalgewinnsteuer auf Wertschriften 	<ul style="list-style-type: none"> • Ja. Allerdings nicht nur die vorgesehene reduzierte Besteuerung, sondern eine volle Besteuerung. Die Grünen setzen sich seit längerer Zeit dafür ein. Sie fordern dies in ihrem „Positionspapier für Finanzmärkte im Dienste einer Grünen Wirtschaft“ (Kapitel 3). Eine Besteuerung der Kapitalgewinne auf Wertschriften ist nicht nur aus kompensatorischen Gründen sondern auch aus Gerechtigkeitsüberlegungen richtig. Denn eine niedrigere Gewinnsteuer senkt die Kosten der Unternehmungen und führt zu einem höheren Gewinn oder einem höheren Werte der Gesellschaft, was dem Aktionariat zu Gute kommt. Auch steuersystematisch ist eine Kapitalgewinnsteuer sinnvoll. Denn systematisch sollte der Übergang von Vermögenswerten steuerlich erfasst werden. Im Bereich der Kapitalgewinne auf Wertschriften im Privatvermögen besteht hier auch im Vergleich zum Ausland eine nicht zu rechtfertigende Lücke.

<ul style="list-style-type: none"> • Anpassungen beim Teilbesteuerungsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein. Die Besteuerung von Erträgen aus Wertschriften sollte vollständig statt nur zu 10% erfolgen.
<p>3. Welche anderen steuerlichen Massnahmen schlagen Sie vor?</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ein Wettrennen nach unten bei den kantonalen Steuersätzen ist zu vermeiden. Der Bundesrat soll die Voraussetzungen schaffen, um einen Mindeststeuersatz einzuführen. • Die massiven Steuerentlastungen der USR II müssen rückgängig gemacht werden. Dies gilt insbesondere in den Kantonen. (<u>Postulat der Grünen Vaud</u>) • Anhebung des Gewinnsteuersatzes bei der direkten Bundessteuer von 8.5% auf 11% (siehe MM vom 19.12.2013) • Einführung einer Finanztransaktionssteuer, wie dies derzeit von 11 Mitgliedsländern der EU vorbereitet wird, darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich.
<p>4. Sind Sie einverstanden, dass der Bund den Kantonen finanzpolitischen Spielraum verschafft?</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Grünen stehen Ausgleichszahlungen von Bund an die Kantone offen gegenüber. Der Bundesrat geht von Ausgleichszahlungen in Höhe von 0.65 Mrd. Franken gestaffelt über 4 Jahre aus, sodass der Bund die Hälfte der Lasten (1.1 Mrd. Franken) trägt.
<p>5. Sind Sie einverstanden, dass der Ressourcenausgleich an die neuen steuerpolitischen Rahmenbedingungen angepasst wird?</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Ja. Die Grünen begrüssen, dass die allfälligen Auswirkungen der USR III im Nationalen Lastenausgleich (NFA) für die Zeit nach 2019 berücksichtigt werden. Die konkreten Mechanismen müssen noch vertieft geprüft werden.
<p>6. Befürworten Sie das vom Bundesrat unterbreitete Konzept zur Gegenfinanzierung auf Bundesebene (Ziff. 1.2.6 der Erläuterungen)?</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Grünen stehen dem „Aufbau von strukturellen Überschüssen“ von 1 Mrd. Franken im Bundeshaushalt kritisch gegenüber. Die Gegenfinanzierung muss mit zusätzlichen Steuereinnahmen bei den juristischen Personen erfolgen und nicht mit Ausgabenkürzungen oder einer Erhöhung der Mehrwertsteuer.

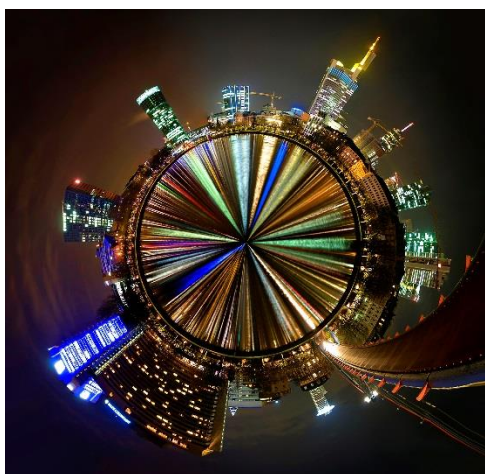
29.1.2015 : Les Verts veulent mettre fin à la sous-enchère fiscale actuelle et tracer la voie à une promotion économique durable.¹ Ils prennent position sur la 3^e réforme de l'imposition des entreprises dans ce sens.

Mettre fin à la sous-enchère fiscale nocive

Les Verts soutiennent le but central de la révision : abolir les régimes fiscaux cantonaux pour les sociétés holdings, mixtes ou de domicile. La révision vise en outre à supprimer d'autres niches fiscales telles que la pratique réservée aux sociétés principales et à la « Swiss Finance Branch ».²

Les Verts soutiennent la suppression des régimes fiscaux cantonaux prévue par le Conseil fédéral, ce qui mettrait fin au conflit fiscal avec l'UE et l'OCDE (processus BEPS)³ et augmenterait la sécurité juridique pour les entreprises en Suisse. Actuellement, les cantons peuvent négocier des taux d'imposition particuliers avec les multinationales. Avec la réforme, celles-ci devront payer les taux ordinaires.

An niveau fédéral, cantonal et communal, la charge fiscale effective des entreprises privilégiées s'élève en moyenne à 7,8-12% et celle des entreprises ordinaires à 12-24%.⁴ Cette pratique est très critiquée sur la scène internationale car elle ne répond pas aux normes de transparence et délocalise des recettes fiscales vers la Suisse.



Une promotion économique durable au lieu de nouveaux privilèges fiscaux

Les Verts se montrent critiques face à de nouveaux cadeaux fiscaux envers les multinationales. La durabilité économique, écologique et sociale doit être au centre de la promotion économique.

Les Verts veulent donner une marge de manœuvre aux cantons. Ils demandent cependant une analyse synoptique de leur promotion économique. Notamment dans les cantons de GE (31,6%), VD (28,6%), TI (24,7%), BS (57,9%), BL (38,5%), SH (43,4%) et SZ (28,9%), une grande partie des recettes fiscales sur le bénéfice des entreprises provient de multinationales.⁵

De l'impôt fédéral direct (part cantonale incluse), environ 3 milliards CHF proviennent d'entreprises privilégiées, donc environ 50% des revenus de l'impôt sur le bénéfice des entreprises de la Confédération.⁶ Comme il s'agit de recettes fiscales fortement mobiles sur le plan international, ces cantons craignent délocalisations, pertes fiscales et effets indirects.

- **Il est dans l'intérêt de tous les cantons, d'éviter une course à la sous-enchère du taux d'imposition ordinaire des entreprises.** Le Conseil fédéral pense que certains cantons vont réduire leurs taux ordinaires.⁷ Les cantons de VD et de GE (de 24,2% à 13%) discutent notamment de cette mesure afin de garder multinationales et négociants de matières premières. Des PME et des entreprises suisses, telles que Swisscom, Coop et Migros, bénéficieraient également d'une baisse des taux ordinaires.⁸ Les Verts demandent l'instauration, pour tous les cantons, d'un taux plancher concurrentiel sur la scène internationale, tout en sachant que certains d'entre eux ont déjà comparativement un taux ordinaire bas.⁹
- **Les Verts se montrent critiques face à l'instauration de « licence boxes » et ils les acceptent seulement pour la promotion de l'innovation et de la recherche dans le cadre de normes internationales reconnues.** Celle-ci permettrait de réduire les impôts des entreprises qui créent des brevets par leurs activités de recherche et de développement.¹⁰ Les « licence boxes » seraient donc particulièrement importantes pour la Suisse nord-ouest (notamment le

canton de Bâle-Ville) afin de garder les filières pharmaceutiques et chimiques. Si l'on subventionne de cette façon la propriété intellectuelle, l'accès aux produits brevetés doit être facilité, notamment pour les pays en développement. Dans le cas d'un rejet international, les « licence boxes » doivent également être interdites en Suisse.

- **Les Verts rejettent un impôt sur le bénéficiaire corrigé des intérêts.** Il s'agit d'une construction compliquée concernant des déductions de la base de calcul et dont l'impact est difficilement prévisible.¹¹ Sa transparence est faible et son acceptabilité internationale improbable.¹²
- **Les Verts rejettent également d'autres niches fiscales illégitimes,** notamment les mesures annoncées concernant la déclaration des réserves latentes, la suppression du droit de timbre d'émission sur le capital propre, la triple adaptation de la compensation des pertes, de la réduction pour participations et de la procédure d'imposition partielle.
- **Pour les Verts, il faut davantage promouvoir les avantages non-fiscaux de la Suisse et viser une promotion économique durable.** La Suisse reste économiquement attractive même si nous supprimons les régimes fiscaux cantonaux sans les remplacer par de nouveaux privilèges. À côté de la forte stabilité politique, la Confédération, les cantons et les communes doivent s'engager pour maintenir de bons systèmes d'éducation et de santé, une infrastructure développée et écologique, la main d'œuvre hautement qualifiée et le paysage de recherche et technologie diversifié.¹³ En outre, une promotion économique durable doit prendre en considération des critères économiques, écologiques et sociaux dans le choix des entreprises à implanter.¹⁴

Compenser d'éventuelles pertes fiscales sans coupe budgétaire

Les Verts veulent compenser des pertes fiscales éventuelles par d'autres revenus fiscaux. Ils rejettent coupes budgétaires à la charge de la population dans le domaine de la santé, de l'éducation, de la sécurité sociale et de la culture. Le financement doit venir des acteurs qui récoltent les bénéfices. L'instauration d'un impôt sur les gains réalisés sur des titres est donc souhaitable.

Le Conseil fédéral évalue les pertes fiscales à environ 0,5 milliard de CHF pour la Confédération et 1,8 milliard de CHF pour les cantons et les communes.¹⁵ Elles pourraient provenir de la délocalisation des revenus mobiles, de la réduction des taux ordinaires des cantons ou d'autres mesures.

- **Les Verts soutiennent l'instauration d'un impôt sur les gains réalisés sur des titres.** Les gains de capital seront soumis à l'impôt sur le revenu. Ils compensent une partie des pertes fiscales et de la compensation fédérale aux cantons. Contrairement au Conseil fédéral, les Verts demandent une imposition entière.
- **Les Verts sont ouverts par rapport aux paiements de compensation de la Confédération aux cantons.** Le Conseil fédéral évalue à 0,65 milliard de CHF répartis sur quatre ans pour compenser la moitié des pertes (1,1 milliard de CHF). Les Verts critiquent cependant « la constitution d'excédents structurels » d'un milliard de CHF au budget fédéral.¹⁶ Il faut éviter que cette mesure réduise le budget au détriment des citoyens et citoyennes ou augmente la TVA.
- Les Verts demandent au Conseil fédéral et aux cantons d'examiner d'un œil critique les réductions fiscales émanant des réformes précédentes (RIE II) et de revenir le cas échéant en arrière.¹⁷ En outre, il convient d'introduire une taxe sur les transactions financières.
- Les Verts approuvent la prise en compte des effets de la RIE III dans la péréquation financière à partir de 2019.

¹ cf. notre communiqué du 19.12.2013, la résolution *Pour une équité fiscale globale* du 3.12.2012, la position *Pour des marchés financiers au service de l'économie verte* du 19.11.2011.

² DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 27

³ OCDE, site internet, *Base Erosion and Profit Shifting*, Link.

⁴ DFF (19.914) Rapport explicatif p. 12-13 ; pour les sociétés principales, la charge fiscale effective se monte à 5%, pour la *Swiss Finance Branch* à 2-3%.

⁵ cf. tableau 4 in : Rapport explicatif p. 19

⁶ DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 19-20

⁷ DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 39-41

⁸ L'Hebdo (2.10.14) « Les vrais gagnants de la réforme », p. 28.

⁹ cf. tableau 2, in : Rapport explicatif, p. 17

¹⁰ DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 27-28, cf. Tagesanzeiger

(24.9.14) Lizenzbox war gestern, der Bundesrat will Patentbox, p. 33

¹¹ DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 30-34

¹² Willy Boder (1.10.14) « Le terrain de l'imposition des entreprises est miné », Le Temps, p. 16.

¹³ DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 9

¹⁴ cf. la publication d'Adèle Thorens: ARE (2012) *Promotion économique et développement durable dans les cantons*. Link.

¹⁵ DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 43

¹⁶ DFF (19.914) Rapport explicatif, p. 63-65

¹⁷ Postulat 14-Pos-086 de Raphaël Mahaim (Verts) au Grand Conseil de Vaud le 16.9.2014, Lien.